

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:95486-2021:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Waldshut-Tiengen: Dienstleistungen von
Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
2021/S 038-095486**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Waldshut

Postanschrift: Kaiserstraße 110

Ort: Waldshut-Tiengen

NUTS-Code: DE13A Waldshut

Postleitzahl: 79761

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Sabine Brunner

E-Mail: sabine.brunner@landkreis-waldshut.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.landkreis-waldshut.de/>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-177a665deed-1b5ca35c7fac54c9

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Drees & Sommer SE

Postanschrift: Obere Waldplätze 13

Ort: Stuttgart

NUTS-Code: DE11 Stuttgart

Postleitzahl: 70569

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Oliver Storz

E-Mail: oliver.storz@dreso.com

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.dreso.com

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.tender24.de

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

-
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Landkreis Waldshut — Neubau Zentralklinikum Hochrhein | Ausschreibungsplaner
Referenznummer der Bekanntmachung: DRESO_S-2021-0037
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Landkreis Waldshut — Neubau Zentralklinikum Hochrhein | Ausschreibungsplaner.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE13A Waldshut
Hauptort der Ausführung:
Gemeinde Albruck.
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Der Landkreis Waldshut plant den Neubau des Klinikums Hochrhein. Hierfür werden die entsprechenden Ausschreibungstplanungsleistungen im zweistufigen Verhandlungsverfahren ausgeschrieben:
— Stufe 1: Präqualifikationsverfahren mit Auswahl 3 bis 6 Bewerber,
— Stufe 2: Verhandlungsverfahren mit Bieterpräsentation mit den erfolgreichen Bewerbern aus der Stufe 1.
Eine detaillierte Projektbeschreibung ist bei den Ausschreibungsunterlagen beigefügt.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium - Name: Organisation des Projektteams / Gewichtung: 20,00
Qualitätskriterium - Name: Berufliche Qualifikation des Projektteams / Gewichtung: 10,00
Qualitätskriterium - Name: Erfahrung Projektteam / Gewichtung: 40,00
Preis - Gewichtung: 30,00
- II.2.6) **Geschätzter Wert**
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**
Beginn: 19/07/2021
Ende: 31/12/2022
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 6
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Gemäß Teilnahmebedingungen unter III.1 der Bekanntmachung.
- II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Der Landkreis Waldshut beabsichtigt den Neubau des Zentralklinikums Hochrhein (nachfolgend KLHR) bis zum Jahr 2028. In seiner Eigenschaft als Zentralklinikum soll das KLHR rund 335 Planbetten plus 30 Betten für die ZfP mit entsprechender Aufstellreserve für weitere Leistungen ausweisen, die gegebenenfalls in Abstimmung mit dem Sozialministerium am Standort etabliert werden sollen. Das Klinikum wird unter anderem über Fachabteilungen für Innere Medizin (Kardiologie, Gastroenterologie, Pneumologie), Orthopädie, Wirbelsäulenchirurgie und Unfallchirurgie, Orthopädie und Unfallchirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Geriatrie, Radiologie und Anästhesie, Intensivmedizin sowie einen Palliativeinheit und eine Krankenpflegeschule verfügen.

Das Grundstück liegt im Süden von Albrbruck zwischen der B34 und dem Verlauf des Rheins. Die Fläche ist aktuell unbebaut. Aus der Nutzflächenanalyse wird eine Brutto-grundfläche von 33 644 m² und ein Bruttorauminhalt von 144 600 m³ abgeleitet. Die Grundstücksfläche beträgt rund 93 136 m².

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

— Eigenerklärung, dass Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister vorhanden ist gem. §§ 44 Abs. 1, 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Durchschnittlicher Jahresumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren gemäß § 45 Absatz 1 bis 5 VgV:

Mindestpunktzahl ab 450 000 EUR netto p. a., Höchstpunktzahl ab 650 000 EUR netto p. a. (Wichtung 10 %).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Eigenerklärung gem. § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV, dass im Auftragsfall eine Berufs- oder

Betriebshaftpflichtversicherung (auftragsübergreifend oder auftragsbezogen) abgeschlossen wird:

Personenschäden mind. 3 Mio. EUR, sonstige Schäden mind. 3 Mio. EUR.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

— Jährliches Mittel der Beschäftigten und Anzahl der Führungskräfte in den letzten 3 Geschäftsjahren gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV (Mindestpunktzahl ab 5 Personen, Höchstpunktzahl ab 25 Personen),

— Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen (Angabe Name, Berufsbezeichnung, voraussichtliche Projektposition) gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV,

— Vorlage Referenzliste 1 (2 Referenzen) der geeignete Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1:

Eine Referenz ist geeignet / vergleichbar, wenn nachfolgend aufgeführte Mindestanforderungen erfüllt sind:

— Objektplanungsleistungen gem. § 34 HOAI, LPH 6 und 7,

— Mindesthonorarzone IV oder höher,

— Projektfertigstellung in den letzten 10 Jahre.

Weitere Anforderungen:

— Angaben zur Höhe der anrechenbaren Herstellkosten KGR 300 + 400 nach DIN 276 gem. § 33 HOAI (Mindestpunktzahl ab einer Höhe der anrechenbaren Herstellkosten von 40 Mio. EUR netto, Höchstpunktzahl ab einer Höhe von 60 Mio. EUR netto),

— Zusatzpunkte Klinikbau,

— Vorlage Referenzliste 2 (2 Referenzen) der geeignete Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1:

Eine Referenz ist geeignet / vergleichbar, wenn nachfolgend aufgeführte Mindestanforderungen erfüllt sind:

— Fachplanung technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, LPH 6 und 7,

— jede Anlagengruppe (AG 1-8) ist in mindestens einer Referenz erbracht,

— Mindesthonorarzone III,

— Projektfertigstellung in den letzten 10 Jahre.

Weitere Anforderungen:

— Zusatzpunkte je erbrachter Anlagengruppe,

— Angaben zur Höhe der anrechenbaren Herstellkosten KGR 400 nach DIN 276 gem. § 54 HOAI (Mindestpunktzahl ab einer Höhe der anrechenbaren Herstellkosten von 15 Mio. EUR netto, Höchstpunktzahl ab einer Höhe von 35 Mio. EUR netto),

— Zusatzpunkte Nutzungsart Klinik,

— Vorlage Referenzliste 3 (1 Referenzen) der geeignete Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1:

Eine Referenz ist geeignet/vergleichbar, wenn nachfolgend aufgeführte Mindestanforderungen erfüllt sind:

— Objektplanung Freianlagen gem. § 39 HOAI, LPH 6 und 7,

— Mindesthonorarzone III oder höher,

— Projektfertigstellung in den letzten 5 Jahre.

Weitere Anforderungen:

— Angaben zur Höhe der anrechenbaren Herstellkosten KGR 500 nach DIN 276 gem. § 38 HOAI (Mindestpunktzahl ab einer Höhe der anrechenbaren Herstellkosten von 0,5 Mio. EUR netto, Höchstpunktzahl ab einer Höhe von 2,5 Mio. EUR netto).

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 22/03/2021
Ortszeit: 12:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
Tag: 01/04/2021
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/07/2021

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
- I Ausschlusskriterien
- Fristgerechter Eingang des Teilnahmeantrages gem. § 57 Abs. 1 und 3 VgV,
 - Vollständigkeit des Teilnahmeantrages,
 - Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1, 2, 3 GWB vorliegen (Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung), bzw. Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung nach § 125 GWB,
 - Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 GWB (Gründe im Zusammenhang mit Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben), bzw. Nachweis nach § 123 Abs. 4 S. 2 GWB,
 - Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB (Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenskonflikten oder beruflichem Fehlverhalten), bzw. Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung nach §125 GWB - Eigenerklärung, dass keine für den Auftrag relevante Abhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen vorliegt gem. § 73 Abs. 3 VgV
 - Eigenerklärung, dass keine für den Auftrag relevante Abhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen vorliegt gem. § 73 Abs. 3 VgV,
 - Berufshaftpflichtversicherung, bzw. Bestätigung der Berufshaftpflichtversicherung für den Auftragsfall (Personenschäden mind. 3 Mio. EUR, sonstige Schäden 3 Mio. EUR) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV.
- II Fehlende Unterlagen
Es wird darauf hingewiesen, dass fehlende oder unvollständige Unterlagen und Angaben nicht bei den Bewerbern nachgefordert werden. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass veraltete / abgelaufene Erklärungen nicht nachgefordert werden.
- III Bieterplattform
Die Bewerbungsunterlagen stehen auf der Bieterplattform Tender 24 zur Verfügung (Link siehe unter I.3 der Bekanntmachung).
- IV Bietergemeinschaften / Eignungsleihe / Unterauftragsvergabe
- Bietergemeinschaften geben eine gemeinsame Bewerbung ab. Geforderte Eigenerklärungen und / oder Nachweise sind für jedes Bietergemeinschaftsmitglied gesondert zu erklären und vorzulegen. Dazu sind die entsprechenden Seiten zu kopieren und kenntlich zu machen, von welchem Bietergemeinschaftsmitglied die / der Erklärung / Nachweis stammt. Ferner ist eine Bietergemeinschaftserklärung (Anlage 1 der

Bewerbungsunterlagen) abzugeben, in der auch der Vertreter der Bietergemeinschaft mit postalischer und elektronischer Adresse zu benennen ist,

— Im Fall der Eignungsleihe oder beabsichtigter Unterauftragsvergabe sind geforderte Eigenerklärungen und / oder Nachweise von dem Eignungsverleiher / Unterauftragnehmer vorzulegen. Der AG behält sich vor, einen Nachweis der Verfügbarkeit im Auftragsfall vor Auftragserteilung zu fordern. Auf §§ 43, 47 VgV wird verwiesen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76247

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk-bwl.de

Telefon: +49 7219260

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de>

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer, die unter VI.4.1 angegeben ist, gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Information auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

Rückfragen zum Verfahren:

Rückfragen zum laufenden Verfahren können bis 6 Tage vor Abgabe der Unterlagen über die Nachrichtenfunktion der Vergabepattform gestellt werden.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

19/02/2021